

## Mehr Freiheit, mehr Fairness, neue Chancen – Perspektiven für eine solidarische Bürgergesellschaft

### 1. Prinzipien liberaler Sozialpolitik

Wir wollen mehr Freiheit für mehr Menschen. Seit unseren "Freiburger Thesen" kommt es uns dabei "nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloß formale Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern **als soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit der Gesellschaft**" an. Frei sein hieß damals und heißt heute für uns, zwischen Optionen für das eigene Lebensglück wählen zu können. Diese Freiheit bedarf für jeden Einzelnen einer materiellen Grundlage, aber genauso auch ideeller Voraussetzungen wie Bildung, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl für sich wie andere. Freiheit ist nicht gewährleistet, wo Menschen Angst vor Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit oder Ausgrenzung haben. Schwachen und Benachteiligten darf ihre Würde nicht genommen werden, indem sie zu Almosenempfängern degradiert und entmündigt werden.

Bald 36 Jahre nach der Verabschiedung der "Freiburger Thesen" muss sich der Liberalismus diesem Anspruch in einem Spannungsfeld stellen: zwischen der Hilfe für Bedürftige und der Wahrung der wirtschaftlichen Freiheit und des Eigentums der Leistungsfähigen; zwischen der Wiederherstellung der Chancengerechtigkeit durch staatliche Intervention und der Stärkung der Wachstumskräfte der Sozialen Marktwirtschaft.

Die gegenwärtige **Freiheitsbilanz des Sozialstaats** ist gemessen an unserem Ideal negativ: Er ist ein konservativer Wohlfahrtsstaat, der die Sicherung eines einmal erreichten Lebensstandards verspricht; der kollektive Sicherungssysteme über lohnabhängige Beiträge im Umlageverfahren finanziert; der einen hochregulierten Arbeitsmarkt mit geringer Lohnflexibilität besitzt. Er kann aber keine Sicherheit mehr vermitteln, da die Menschen am Vorabend des demographischen Wandels spüren, dass seine Systeme nicht mehr zukunftsfest sind und dass ihr Preis in der Gegenwart eine steigende Sockelarbeitslosigkeit ist. Er hat die Menschen vielfach fürsorglich vernachlässigt, indem er Bedürftige zu Taschengeldempfängern degradiert, ihnen ansonsten aber Unterstützung, Anreize und Möglichkeiten vorenthalten hat, sich mit eigener Leistung um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation zu bemühen. Sozialhilfekarrieren sind deshalb inzwischen vererbbar. Die Instrumente und Sicherungssysteme des gegenwärtigen deutschen Wohlfahrtsstaats begrenzen individuelle Freiheit, da sie den Menschen zentrale Lebensentscheidungen wie den individuellen Eintritt in den Ruhestand vorgeben, Wahlfreiheiten beim gewünschten Absicherungsniveau verweigern. Eine kaum überschaubare Vielzahl von Maßnahmen, Programmen und Ansprüchen gegen eine anonyme Sozialbürokratie hat Trittbrettfahrertum befördert sowie die effektivere Mitmenschlichkeit in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft beschädigt. Er hat die Bindungsfähigkeit der Menschen unterminiert und eine falsche Vereinzelung forciert. Er gefährdet die Nächstenliebe, weil sich der Schenkende als überflüssig und anachronistisch vorfindet und weil individuelle Solidaritätsgesten vom System nur zu oft als störende Anmaßung und unverantwortlicher Dilettantismus abgewehrt werden. Der deutsche Sozialstaat beansprucht fast ein Drittel unserer Wirtschaftsleistung und gehört damit zu den am besten finanzierten Wohlfahrtssystemen der Welt; die Wirksamkeit seiner Sozialaufwendungen indes hält dem internationalen Vergleich nicht stand. Gleichzeitig nimmt er der Wirtschaft Wachstums- und Beschäftigungsdynamik. Mit den gleichen oder gar geringeren Mitteln könnte ein intelligent reformierter Sozialstaat mehr für die Menschen bewirken. Der real existierende Sozialstaat ist nicht Garant der Freiheit, sondern Gefährdung der Freiheit.

Unser Gegenmodell zum konservativen Wohlfahrtsstaat ist die **solidarische Bürgergesellschaft**, in der die Menschen Verantwortung für sich und andere übernehmen. Ihre Mitglieder sind selbstbewusste Persönlichkeiten, die sich in Freiheit aktiv um Chancen bemühen, um sich in einer Welt entfesselter Dynamiken selbst neue Sicherheit zu erarbeiten. Sie baut auf gelebter Nächstenliebe in Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft auf. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts im fairen Wettbewerb ordnet die Gesellschaft: Es ist die Ordnung derjenigen, die hart arbeiten und nach fairen Regeln spielen wollen. Dauerhaft Benachteiligten allerdings garantiert der liberale Sozialstaat Unterstützung für ein Leben mit größtmöglicher Selbstbestimmung.

Die soziale Sensibilität einer Gesellschaft ist für Liberale nicht an der Höhe der staatlichen Sozialausgaben erkennbar, sondern an ihren Bemühungen, Risiken des Einzelnen durch **Sozialinvestitionen und Prävention** zu mildern. Steigende Sozialbudgets sind nicht Ausweis von Großzügigkeit, sondern im Gegenteil Folgen sinkender Integration in das Erwerbsleben und mangelhafter Präventionsbemühungen. Der Sozialstaat kann angesichts der demographischen Veränderung dagegen nur erhalten werden, wenn sich seine Aufgaben durch die Stärkung der Einzelnen und das Beschäftigungswachstum einer prosperierenden Wirtschaft

verkleinern und sich dadurch zugleich seine Handlungsmöglichkeiten vergrößern. Statt der Kontingentierung und Einschränkung von Leistungen ist dann ausreichende Hilfe gegenüber den wirklich und dauerhaft Bedürftigen möglich. Deshalb setzen Liberale statt auf Sozialreparaturen insbesondere auf vorbeugende Sozialinvestitionen in beste und lebenslange Bildungs- und Qualifikationsangebote für alle. Der liberale Sozialstaat achtet und fördert bei Kindern und Jugendlichen das Erziehungsrecht der Eltern. Er greift aber dort mit unterstützenden und notfalls restriktiven Maßnahmen ein, wo ein Teil der Gesellschaft nicht willens oder nicht fähig ist, seine Kinder zu erziehen und auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten: Die Zukunftschancen der Kinder haben für uns Vorrang. Zu unserem Verständnis von sozialen Investitionen gehört auch, Zuwanderer zur Teilnahme an wirksamen Sprachförderprogrammen anzuhalten, die ihnen Teilhabe an Arbeit und gesellschaftlichem Leben in Deutschland erst ermöglichen. Eine wirklich soziale Politik stärkt zudem den Gedanken der Prävention: Dadurch können beispielsweise im Gesundheitswesen Erkrankungen vermieden werden, wodurch nicht nur die Belastung der Kostenträger sinkt, sondern vor allem die individuelle Lebensqualität steigt.

Die solidarische Bürgergesellschaft bedient sich eines **liberalen Sozialstaates**, um Partei für diejenigen zu ergreifen, die in der Marktordnung zu Bedürftigen wurden, die dauerhaft gehandicapt sind, die verschuldet oder unverschuldet in Not geraten. Liberale Sozialpolitik bietet Existenzsicherung und eröffnet allen Menschen auf dieser Basis immer wieder neue Chancen, in die Teilhabe an Arbeit, Bildung und zentralen gesellschaftlichen Gütern zurückzukehren. Sie fordert aber auch Eigenverantwortung und Eigeninitiative vom jedem aktiv ein: Fördern und Fordern gehören für uns zusammen. Für uns gilt zudem das Subsidiaritätsprinzip, nach dem jede Ebene bis zu ihrer jeweils zumutbaren Belastungsgrenze selbst verantwortlich ist: Selbsthilfe kommt vor der Unterstützung durch die Familie, vor Hilfe aus der Gesellschaft und diese vor staatlichen Leistungen. Liberale Sozialpolitik setzt auf Solidargemeinschaften dort, wo der Einzelne Lebensrisiken nicht allein tragen kann. Dabei zieht sie, wo möglich, die an den Einzelnen gerichtete Pflicht zur Versicherung mit weitgehender Wahlfreiheit den staatlich kontrollierten Umlagesystemen mit dem ihnen eigenen Konformitätsdruck vor. Insbesondere die über das Existenzminimum hinausgehende Absicherung des Lebensstandards im Alter muss zunehmend Gegenstand der Eigenvorsorge durch Kapitalbildung im privaten Versicherungswesen werden. Voraussetzung dafür ist, dass der Steuer- und Abgabenstaat den Menschen die erforderlichen Mittel belässt.

Liberale überlassen die Deutung des Begriffs der sozialen Gerechtigkeit nicht der politischen Linken, die mit einer falsch verstandenen Sehnsucht nach Gleichheit Wohlstandschancen verspielt. Wir treten ein für **Fairness**: In der Sozialen Marktwirtschaft führt Wettbewerb zu Wohlstand für alle, aber auch zur Ungleichverteilung des Wohlstands. Diese Differenz ist für uns so lange legitim, wie sich der Schlechtestgestellte in der Leistungsgesellschaft besser stellt als mit der Gleichverteilung in einer weniger dynamischen Ordnung. Ungleichheit nimmt erst dann Freiheitschancen, wenn sie sich verfestigt und die soziale Mobilität einschränkt. Fair ist dagegen, wenn das Wettbewerbsspiel unter für alle gleichen und fairen Regeln gespielt wird und alle immer neue Chancen erhalten. Das beste Mittel gegen Ungleichheit sind dann Qualifikation, Leistungsbeereitschaft und die begründete Hoffnung auf sozialen Aufstieg. In dieser Ordnung, die soziale Mobilität gewährleistet, sind Ungleichheit, Hoffnung und Fortschritt untrennbar verbunden.

Chancengerechtigkeit beweist sich deshalb an der sozialen Mobilität innerhalb einer Gesellschaft. Im Zentrum liberaler Sozialpolitik steht deshalb die Aktivierung zur Erwerbstätigkeit. Dazu wollen wir statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren **Aufwärtsmobilität durch Arbeit** ermöglichen. Erwerbstätigkeit stiftet Identität und Anerkennung, sie ermöglicht Eigenvorsorge und Wohlstand, sie strukturiert den Alltag und das Leben. Die Folge von langjähriger Arbeitslosigkeit ist in Deutschland nicht in erster Linie materielle, sondern vor allem immaterielle Armut, weil Menschen Selbstbewusstsein, Antrieb und Lebenstüchtigkeit einbüßen. Der Wohlfahrtsstaat ist selbst zur Ursache von Arbeitslosigkeit geworden, weil er zu teuer geworden ist, falsche Anreizstrukturen setzt und Hürden für Beschäftigungswachstum aufgebaut hat. Liberale Sozialpolitik will ihn wettbewerbsfähig machen und seine Leistungen so ausgestalten, dass der Wiedereintritt in das Arbeitsleben für alle möglich, notwendig und attraktiv ist: Wer arbeitet, muss immer mehr haben als der, der nicht arbeitet. Dabei kann heute nicht der einmal besessene Arbeitsplatz Quelle sozialer Sicherheit sein, sondern nur die Gewissheit, aufgrund von Qualifikation, Flexibilität und Mobilität jederzeit wieder in die Teilhabe an Arbeit zurückkehren zu können. Für uns ist klar: Marktgerechte Löhne für Geringqualifizierte werden in Deutschland angesichts weltweiter Konkurrenz vielfach nicht existenzsichernd sein können, das Gebot existenzsichernder Mindestlöhne wiederum würde die Erwerbsbeteiligung vieler gefährden. Deshalb wollen wir das am Markt erzielte Einkommen nötigenfalls durch die Solidargemeinschaft mit unserem "Bürgergeld" zu einem Mindesteinkommen anheben. Armut trotz Arbeit darf es in unserer Gesellschaft nicht geben.

Viele haben immer weniger von sich verlangt und immer mehr vom Staat erwartet. Fairness heißt für uns deshalb auch, die Bedürftigen zu schützen, ohne die Leistungsfähigen selbst zu Bedürftigen zu machen oder ihren Leistungswillen zu zerstören. Der liberale Sozialstaat muss zwischen denen vermitteln, die Unterstützung erhalten, und jenen, denen dafür Steuern und Abgaben abverlangt werden müssen. Die solidarische

Bürgergesellschaft fordert Solidarität nach dem **Prinzip der Gegenseitigkeit**: Wer als Bedürftiger die Hilfe der Gesellschaft in Anspruch nimmt, muss seinerseits solidarisch mit den Starken sein, indem er sich aktiv bemüht, seine Notlage zu überwinden und sein Leben so weit wie möglich wieder aus eigener Kraft zu gestalten. Es kann keine Rechte ohne Pflichten geben.

Auch persönlicher Erfolg braucht zivilisatorische Voraussetzungen und Kooperationsbeziehungen, die der Erfolgreiche vorgefunden und nicht selbst geschaffen hat. Deshalb ist es für Liberale vertretbar, die sich aus der Wettbewerbsordnung ergebenden Unterschiede durch ein an der individuellen Leistungsfähigkeit orientiertes Steuersystem im Sinn eines **sozialen Ausgleichs** zu mildern. Die Grenze von Verteilungspolitik ist für uns dort erreicht, wo Leistungsunterschiede nivelliert, Leistungsbereitschaft geschwächt und Anerkennung durch Neid ersetzt wird. Verteilungspolitische Ziele sollten auf das Steuersystem beschränkt werden, im Bereich der Sozialversicherungen lehnen wir sie ab. Dort streben wir leistungs- bzw. äquivalenzorientierte Prämien an. Wer diese nicht aufbringen kann, erhält einen Zuschuss aus Steuermitteln.

Das Wettbewerbsprinzip ist nicht nur mit sozialer Politik vereinbar; im Gegenteil schlägt ein sozialer Sektor ohne Wettbewerbsfähigkeit gegen die Interessen der Menschen Chancen auf Qualitätsverbesserung aus. Der **Sozialmarkt** muss deshalb stärker durch Subjektfinanzierung - also die Unterstützung der Nachfrager sozialer Leistungen statt der Anbieter bzw. Einrichtungen -, durch die Ausschreibung von Leistungen und durch die Wahlfreiheit der Nutzer wettbewerbsfähig ausgestaltet werden. Wir begrüßen Sozialunternehmertum in Wohlfahrtsverbänden, im öffentlichen Sektor und in Privatinitiativen als Denk- und Handlungsweise, die soziale Fragen mit der methodischen Herangehensweise von Unternehmen innovativ, pragmatisch und effizient beantwortet.

Liberale Sozialpolitik fördert die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehört für uns weitgehende **Wahlfreiheit**: Von der Festlegung des individuellen Schutzniveaus in den Sozialversicherungssystemen über die Bestimmung des vom Einzelnen gewünschten Zeitpunkts des Eintritts in den Ruhestand und die konkrete Ausgestaltung pflegerischer Leistungen bis hin zu Entscheidungen, ob und wie Berufstätigkeit und Familie vereinbart werden, wollen wir den Menschen Freiheiten gewähren. Staatliche Vorgaben oder seine mittelbare Einflussnahme sollen dagegen auf Mindestsicherung und Mindeststandards zurückgeführt werden.

Der Sozialstaat kann Wärme und sozialen Zusammenhalt nicht stiften. Die solidarische Bürgergesellschaft baut deshalb auf das **soziale Engagement**, die Mitmenschlichkeit und die Empathie ihrer Mitglieder. Angesichts der hohen Erwartungen an Staat und Gesellschaft ist die Verantwortung für das eigene Leben, die Familie und das Engagement im Ehrenamt indes unterentwickelt. Die Freien Demokraten fordern die Menschen deshalb zu mehr Engagement auf. Wir begrüßen, wenn sich Unternehmen als "Wirtschaftsbürger" (Corporate Citizens) für das Gemeinwesen engagieren und dies öffentlich machen. Viele der derzeit von Staat und Kommunen erbrachten Aufgaben müssen und sollten zukünftig an die Gesellschaft zurückgegeben werden. Zukünftig steht die Gewährleistung von Aufgaben im Mittelpunkt, nicht die staatliche Durchführung. Der Staat sollte deshalb fördern, wenn sich beispielsweise private Stiftungen karitativen Aufgaben annehmen oder wenn Freiwilligendienste Hilfe auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit organisieren wollen.

Unser Begriff der Fairness schließt die **Gerechtigkeit zwischen den Generationen** mit ein. Keine Generation darf auf Kosten der anderen ihr Leben gestalten. Staatsverschuldung als Mittel zur Finanzierung tagespolitischer Begehrlichkeiten lehnen wir deshalb ab und fordern ausgeglichene Haushalte. Zur Generationengerechtigkeit gehört für uns, den generativen Beitrag angemessen zu berücksichtigen, den Familien durch ihre Kinder zur Stabilisierung von Gesellschaft und Sozialversicherungssystemen leisten.

## 2. Politikwechsel für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft

Die FDP ist von den fünf im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die einzige politische Kraft, die den vom Bundespräsidenten im April 2005 unter der Überschrift "Arbeit hat Vorfahrt" angemahnten Kurs der wirtschaftlichen Vernunft und ordnungspolitischen Erneuerung Deutschlands verfolgt. Die Liberalen sind **die einzige politische Vertretung der Reformoptimisten**. Sie stehen damit allein in der Verantwortung, den Wählern ein alternatives Politikangebot zu unterbreiten und für die erforderlichen, heute aber noch als "marktradikal" dämonisierten Veränderungsprozesse zu werben: ein einfaches, niedriges, gerechtes Steuersystem, die Haushaltskonsolidierung durch die Begrenzung der Staatsausgaben anstelle der Ausweitung der Staatseinnahmen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Neugründung der Sozialversicherungssysteme, die Investition in Bildung und Innovation:

### 2.1 Arbeit hat Vorfahrt

Arbeitslosigkeit ist die Folge überzogener Bürokratie, einer zu hohen Steuer- und Abgabenlast und einer Überregulierung des Arbeitsmarkts. Sie geht vor allem zu Lasten der Schwachen, denn es sind ihre Beschäftigungschancen, die aufgrund des Staatsversagens bei der Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen

für die deutsche Volkswirtschaft verloren gehen. Die FDP will die strukturellen Ursachen von Arbeitslosigkeit beseitigen: durch eine Steuerreform mit einer deutlichen Senkung der Steuertarife, einer Reform der sozialen Sicherungssysteme mit einer Reduzierung der Beitragslast und durch eine Reform des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts:

- Wir lehnen jede Form des Eingriffs in die Tarifautonomie durch die Festlegung von **Mindestlöhnen** ab. Liegt der Mindestlohn zu hoch, vernichtet er Arbeitsplätze, ist er niedriger als der Marktlohn, verfehlt er seine Wirkung. Zudem haben die finanziellen Leistungen und Zuwendungen des Staates bei Arbeitslosigkeit faktisch bereits einen Mindestlohn geschaffen, unterhalb dessen es sich nicht zu arbeiten lohnt.
- Die FDP plädiert stattdessen für ein **aktivierendes Mindesteinkommen**: Die FDP will dazu die kaum zu durchdringende Vielzahl steuerfinanzierter sozialer Hilfen in einem einzigen Transfersystem - dem liberalen **Bürgergeld** - bündeln und mit der Einkommensteuer verrechnen: Danach zahlen Bürger mit höherem Einkommen Steuern an das Finanzamt, Bürger mit niedrigem oder gar keinem Einkommen bekommen das Bürgergeld als eine negative Einkommensteuer ausbezahlt. Durch diese Zusammenfassung der verschiedenen steuerfinanzierten Sozialleistungen und durch ihre Pauschalierungen wird das Sozialsystem für die Bürger überschaubar und transparent. Zudem wird ausgeschlossen, dass staatliche Hilfen zu Unrecht mehrfach in Anspruch genommen werden können. Da gerade der untere Einkommensbereich als Weg aus der Arbeitslosigkeit über Teilzeitarbeit besonders geeignet ist, müssen durch eine geringere prozentuale Anrechnung eigenen Einkommens die Beträge, um die sich das verfügbare Einkommen eines Bürgergeldempfängers bei Aufnahme einer legalen Erwerbstätigkeit erhöht, gegenüber dem Arbeitslosengeld II mindestens verdoppelt werden. Anreize für Schwarzarbeit werden dadurch erheblich reduziert, zugleich werden neue Rahmenbedingungen für einen Niedrig- bzw. Leichtlohnsektor geschaffen, um Geringqualifizierten Beschäftigungschancen zu öffnen und die Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu stoppen. Die Lohnflexibilität nach unten wird mithin erhöht, ohne dass Armut trotz Arbeit ("working poor") entsteht. Das Bürgergeld ist kein bedingungsloses Grundeinkommen, wie es verschiedentlich gefordert wird. Es ist streng an der Bedürftigkeit ausgerichtet. Die Berechnung der Höhe des Anspruchs auf Bürgergeld berücksichtigt deshalb Einkommen, Vermögen oberhalb bestimmter Freibeträge und Unterhaltsansprüche aller Personen der Bedarfsgemeinschaft.
- Das Arbeitsvertragsrecht hat sich zu einem Expertenthema entwickelt, das sich Arbeitgebern und Arbeitnehmern kaum noch erschließt. Wir wollen es vereinfacht in einem einzigen Gesetzbuch bündeln, das die wesentlichen materiellen Fragen und Verfahren präzise regelt. In Deutschland muss jeder Arbeitnehmer weiter vor willkürlichen Kündigungen geschützt werden; die darüber hinausgehenden Bestimmungen sind aber Einstellungshemmnisse und führen zu Arbeitsgerichtsprozessen statt zum Arbeitsplatzertrotz. Deshalb brauchen wir den Mut zu einem **beschäftigungsfreundlichen Kündigungsschutz** nach dem Vorbild anderer europäischer Länder, der es Arbeitgebern gerade kleinerer Unternehmen leichter ermöglicht, neue Arbeitnehmer einzustellen, in Zeiten der Krise aber auch wieder zu entlassen. Die FDP NRW spricht sich deshalb dafür aus, das Kündigungsschutzgesetz erst ab einer Betriebsgröße von 50 Mitarbeitern gelten und erst vier Jahre nach Beginn eines Arbeitsverhältnisses in Kraft treten zu lassen. Zudem soll dann Arbeitgebern ein Ablöserecht zustehen, das Arbeitsverhältnis gegen Zahlung einer Abfindung in gesetzlich festgelegter oder höher individuell vereinbarter Höhe zu beenden.
- Die FDP in Nordrhein-Westfalen will **Arbeitslosenversicherung und -vermittlung** von Grund auf neu organisieren. Perspektivisch muss die Arbeitslosenversicherung wieder eine echte Versicherung werden, die vor den wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit schützt. Versicherungsfremde Leistungen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind selten wirksam, belasten aber die Beitragszahler. Wo sie im Interesse der Gesellschaft sinnvoll sind, sollten sie aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung werden für einen klar begrenzten Zeitraum gezahlt, den der Einzelne wie bei anderen Versicherungen durch Wahltarife im Vorhinein festgelegt hat. Die FDP schlägt vor, die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit im Interesse der Versicherten in einer dreigliedrigen Struktur neu zu ordnen: Eine Versicherungsagentur übernimmt die Auszahlung des Arbeitslosengeldes, eine kleinere Arbeitsmarktagentur erfüllt als entscheidungskompetente Stabsstelle überregionale und internationale Aufgaben. Kommunal geführte Job-Center sind mit der Vermittlungstätigkeit betraut. Sie können ihr Serviceangebot entsprechend ihrem Standort individuell ausrichten und passgenau auf die Probleme der Arbeitslosen, Hilfesuchenden und Arbeitgeber eingehen.
- Liberale setzen sich für **Arbeitnehmerrechte** ein, nicht aber für die Organisationsinteressen der Gewerkschaften. Deshalb wollen wir das Betriebsverfassungsgesetz so ändern, dass Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene zwischen Unternehmen und Belegschaftsvertretung zulässig sind, wenn sie freiwillig geschlossen wurden und 75 Prozent der abstimmenden Mitarbeiter zugestimmt haben. Dadurch werden insbesondere "Betriebliche Bündnisse für Arbeit" möglich. Für die FDP ist es selbstverständlich, dass in Aufsichtsräten Arbeitnehmervertreter Sitz und Stimme haben. Wir wollen aber das Gewerkschaftsprivileg bei

der Zusammensetzung des Aufsichtsrates beseitigen: Gewerkschaftsvertreter dürfen gewählt werden, wenn sie von den Arbeitnehmern der jeweiligen Betriebe aufgestellt werden.

## 2.2 Neue Sicherheit im Alter

Die FDP will die Alterssicherung gleitend in Richtung privater Kapitaldeckung umbauen. Unsere Vision ist es, langfristig eine vollständig kapitalgedeckte Alterssicherung mit einer Pflicht zur Versicherung zu erreichen.

Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wann sie in Rente zu gehen haben. Deshalb fordern die Liberalen ein **flexibles Renteneintrittsalter**, das den Menschen ab dem 60. Lebensjahr die Entscheidung über den Eintritt in den Ruhestand überlässt, wenn ihre kombinierten Ansprüche aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Rente über dem Grundsicherungsniveau liegen. Um dies finanziell solide auszugestalten, ist es erforderlich, die Zuschläge, die der Rentner pro Lebensjahr erhält, das er später in den Ruhestand geht, versicherungsmathematisch korrekt festzulegen.

In unserem Modell werden alle vor dem Eintrittsalter bestehenden **Zuverdienstgrenzen aufgehoben**; für den Zuverdienst parallel zum Bezug der Rente oder einer Teilrente entfällt zudem der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Dadurch steigen die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer. Wir wollen zudem sicherstellen, dass die Menschen im Alter bei Arbeitslosigkeit aufgrund der Bedingungen von Hartz IV ihr für das Alter ersparte Vermögen nicht erst einsetzen müssen, bevor sie in Rente gehen dürfen. Zugleich schaffen wir Anreize und Möglichkeiten für eine längere Erwerbstätigkeit: Sie können ihre Rente in Anspruch nehmen und durch Hinzuverdienst ihr Einkommen sowie ihren Rentenanspruch weiter aufstocken.

Die gesetzliche Altersvorsorge wird immer weniger allein die Sicherung des Lebensstandards garantieren können. Deshalb will die FDP die **private und betriebliche Vorsorge** als Ergänzung zum Lebensunterhalt stärken. Durch die Einrichtung eines individuellen Altersvorsorgekontos, das allen steuerpflichtigen Bundesbürgern offen steht, können anders als bisher auch Bezieher niedriger oder schwankender Einkommen eine eigenständige Altersvorsorge aufbauen. Die abgabenfreie Entgeltumwandlung für die Betriebsrente wollen wir über 2008 hinaus fortführen; die Portabilität der betrieblichen Altersvorsorge bei Arbeitgeberwechsel muss sichergestellt werden. Durch die Berücksichtigung von Kindererziehungsleistungen soll insbesondere Frauen verstärkt der Aufbau der eigenen Altersrente ermöglicht werden.

## 2.3 Beste Gesundheitsversorgung für alle

Wir wollen eine bezahlbare medizinische Versorgung für alle. Wahlfreiheit, Wettbewerb und Transparenz bilden die Eckpfeiler liberaler Gesundheitspolitik, um gleichzeitig zu einem kostengünstigeren wie leistungsstärkeren Gesundheitssystem zu gelangen. Kostenorientierung bedeutet Solidarität kommenden Generationen gegenüber.

Die FDP fordert statt der gesetzlichen Krankenversicherung eine **Pflicht zur privaten Versicherung** derjenigen Risiken, die den Einzelnen finanziell überfordern könnten. Darüber hinaus sollen sich Art und Umfang des Versicherungsschutzes am Bedarf und den Wünschen des Einzelnen orientieren. Insbesondere der behandelnde Arzt und die angewandte Therapie sollen der individuellen Wahlfreiheit vorbehalten bleiben.

Ärzte werden von den gesetzlich vorgeschriebenen Budgets und überbordenden Regelwerken, Vorschriften und Kontrollen befreit. Über den Wettbewerb werden allen Akteuren des Gesundheitswesens Anreize zu einer sparsameren Ressourcenverwendung gegeben.

## 2.4 Mehr Selbstbestimmung bei Pflegebedürftigkeit

Die FDP will eine Finanzreform der gesetzlichen Pflegeversicherung mit strukturellen Veränderungen verbinden. Die umlage- und einkommensabhängig finanzierte gesetzliche Pflegeversicherung muss in ein **kapitalgedecktes, prämiendifinanziertes System** überführt werden. Daneben muss die Wahlfreiheit über die Verwendung der Mittel aus der Pflegeversicherung erhöht werden. Wir wollen Pflegebedürftigen insbesondere das vielfach gewünschte Verbleiben in der häuslichen Umgebung ermöglichen und dem Grundsatz "ambulant vor stationär" folgen.

Die Freien Demokraten setzen dazu prinzipiell auf das "**Trägerübergreifende Persönliche Budget**". Es überlässt dem Einzelnen die Entscheidung über die für ihn richtige Form der Hilfeerbringung. Menschen, die nicht oder eingeschränkt entscheidungsfähig sind, brauchen dabei Unterstützung. Pflegebedürftige können statt der Sachleistung auch eine Geldleistung in Anspruch nehmen. Als souveräne Kunden besitzen sie Nachfragemacht und entscheiden über Anbieter wie Pflegepersonen. Mehr Transparenz über die bestehenden Leistungsangebote sowie die Aufhebung der starren Trennung von ambulanten und stationären Leis-

tungen durch die Angleichung von ambulanten und stationären Sachleistungsbeträgen sind dazu Voraussetzungen. Auch bürokratische Hemmnisse für die Pflegeanbieter müssen abgebaut werden, damit Preise und Qualität vergleichbar werden und echter Wettbewerb entstehen kann.

## **2.5 Familien fördern - Zukunft sichern**

Die FDP will alle Verantwortungsgemeinschaften fördern. Insbesondere die Familien als kleinste Einheit der solidarischen Bürgergesellschaft wollen wir stärken.

Wir haben in unserem Steuerreformkonzept vorgeschlagen, zur Nettoentlastung der Familien die Grundfreibeträge für Erwachsene zu erhöhen sowie Freibeträge für jedes Kind in gleicher Höhe zu gewähren. Dadurch zahlen Ehepaare mit zwei Kindern erst ab einem Jahreseinkommen von 38.500 Euro überhaupt Einkommensteuer. In unserem Steuerreformmodell wird der maximale Vorteil aus dem Ehegattensplitting gegenüber dem geltenden Recht deutlich reduziert. Damit wird ein Fehlanreiz im Hinblick auf die Erwerbsbereitschaft von Frauen reduziert. Wir wollen aus dem gleichen Grund die Steuerklasse V abschaffen. Aufwendungen für Tagesmütter, Haushaltshilfen oder Pflegekräfte wollen wir bis zu einer Höhe von 12.000 Euro als Sonderausgabe steuerlich abzugsfähig gestalten. Dadurch werden Privathaushalte als Arbeitgeber gestärkt und die Schwarzarbeit reduziert.

Die Freien Demokraten fordern eine angemessene Beteiligung des Bundes an den von Ländern und Kommunen zu tragenden Kosten des Ausbaus der Kinderbetreuungsinfrastruktur ein. Dazu sollte der Schlüssel der Verteilung der Umsatzsteuer zu Gunsten von Ländern und Kommunen verändert werden.

## **3. Soziale Verantwortung im neuen NRW**

Die FDP in der Regierungsverantwortung verbindet wirtschaftliche Vernunft mit sozialer Sensibilität. Wir haben im Interesse der Generationengerechtigkeit die unverantwortliche Verschuldungspolitik der rot-grünen Vorgängerregierung beendet. In der Wirtschafts- und Innovationspolitik stärken wir die Wachstumskräfte der Wirtschaft, um einen nachhaltigen Beschäftigungsaufbau zu erreichen. Diesem Ziel dient auch das von den Liberalen durchgesetzte Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus, durch das wir neue Mittel für zukunftsgerichtete Strukturförderung gewinnen. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir 4.000 Lehrerstellen in den Schulen und weitere gut 2.000 Lehrstellenäquivalente im Ganztags an Schulen einrichten, um allen Kindern endlich unabhängig von ihrer Herkunft beste Bildungschancen zu eröffnen. Wir haben das sozialverträglichste Modell für Studienbeiträge bundesweit eingeführt.

Die soziale Dimension des Liberalismus wollen wir unter anderem in diesen Politikfeldern weiter verdeutlichen:

### **3.1 Neue Chancen auf Arbeit**

Die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sind weiterhin die wirtschafts- wie sozialpolitischen Herausforderungen nordrhein-westfälischer Politik. Auch wenn die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Monaten zurückgegangen ist, findet noch immer jeder zehnte Arbeitswillige in unserem Land keine Beschäftigung. Die Freien Demokraten bekräftigen, dass Nordrhein-Westfalen angesichts seiner Wirtschaftsstruktur in besonderer Weise auf einen Politikwechsel in Berlin drängen muss: Eine Steuerentlastung vor allem der mittelständischen Betriebe, die Senkung der Lohnzusatzkosten auf deutlich unter 40 Prozent durch kluge Sozialreformen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, ein im Interesse der Arbeitssuchenden reformierter Kündigungsschutz sowie mehr Möglichkeiten für betriebliche Bündnisse für Arbeit würden insbesondere in Nordrhein-Westfalen neue Beschäftigung schaffen.

- Für viele Bereiche bildet die Berufsausbildung die Voraussetzung für einen Arbeitsplatz und eine erfolgreiche berufliche Laufbahn. Deshalb wollen die Freien Demokraten die Ausbildung im Dualen System stärken.

Um den gegenseitigen Bedürfnissen von Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben besser Rechnung zu tragen, muss der Berufsschulunterricht flexibler gestaltet und möglichst auf einen Tag pro Woche mit vorgezogenem Blockunterricht vor Ausbildungsbeginn reduziert werden. Eine solche Organisation kommt den innerbetrieblichen Abläufen entgegen und macht Ausbildung für die Unternehmen attraktiver.

Jugendschutz muss selbstverständlich auch im Arbeitsalltag gewährleistet sein. Von der betrieblichen Ausbildung müssen jedoch Auszubildende wie ausbildende Betriebe gleichermaßen profitieren können. In den Pflege- und Gesundheitsberufen, in der Landwirtschaft und in der Gastronomie hat die Regulierungsdichte eine reguläre Ausbildung ab dem 16. Lebensjahr allerdings nahezu unmöglich gemacht. Die FDP will die Vorgaben auf ein verträgliches Maß zurückführen.

Die weiterhin angespannte wirtschaftliche Lage macht es insbesondere leistungsschwächeren Jugendlichen schwer, sofort einen Ausbildungsplatz zu finden. Die FDP begrüßt daher das von der Landesregie-

rung eingeführte "Werkstattjahr", das es Berufsschülern ermöglicht, neben der Schule an einzelnen Tagen in der Woche praktische Erfahrungen bei überbetrieblichen Bildungsträgern zu sammeln und ein Betriebspraktikum zu absolvieren. Stärker praktisch begabte junge Menschen sollen bei erfolgreich bestandener Prüfung auch zu höher qualifizierten Ausbildungsgängen zugelassen werden.

- In der Wissensgesellschaft ist das lebenslange Lernen eine zentrale Aufgabe. Die fortwährende Weiterbildung sichert auch Älteren Beschäftigungschancen. Die Liberalen unterstützen die Initiative der Landesregierung, insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen bis 250 Mitarbeiter bei der Weiterbildung mit "Bildungsschecks" in Höhe von bis zu 750 Euro pro Mitarbeiter zu unterstützen.
- Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen durch die Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat sich bewährt. Die Bündelung der Kompetenzen vor Ort hat kleine und bewegliche Organisationseinheiten entstehen lassen, die niedrigschwellig und mit geringem bürokratischem Aufwand arbeiten. Die FDP will dieses Modell ausbauen. Kostenintensive und einander behindernde Doppelstrukturen müssen abgebaut werden.

### 3.2 Neue Chancen durch Bildung

Nichts bestimmt die Zukunft von Kindern und Jugendlichen so grundlegend wie eine exzellente Bildung. Dazu ist ein leistungsfähiges, freiheitliches und modernes Bildungssystem unerlässlich. Die FDP setzt zügig die bildungspolitischen Ziele um, die sie im Koalitionsvertrag verankert hat und tritt vor allem für individuelle Förderung, Leistungsorientierung und Qualitätswettbewerb ein.

In sozialpolitischer Hinsicht sind folgende Themen hervorzuheben:

- Die Freien Demokraten begrüßen die Intensivierung der schulischen und vorschulischen Sprachförderung. Das in diesem Jahr erstmals erprobte Verfahren zur Sprachstandsfeststellung im Alter von vier Jahren hat sich im Kern bewährt. Wir wollen die für die Stärkung der Sprachkompetenz eingesetzten Mittel in den kommenden Jahren weiter erhöhen, damit jedes Kind bei der Einschulung der Unterrichtssprache folgen kann.
- Die unterdessen gewonnenen Erfahrungen mit dem Wegfall der Schulbezirksgrenzen in den Kommunen, die bereits zum kommenden Schuljahr die freie Schulwahl ermöglicht haben, bestätigen unsere Haltung: Der Wechsel in ein bildungsanimierendes Umfeld wurde überproportional von Kindern genutzt, die in sozial benachteiligten Wohngebieten leben bzw. aus Familien mit Migrationshintergrund stammen. Noch nie haben sich Eltern so intensiv mit der Einschulung ihrer Kinder auseinandergesetzt. Wir begrüßen, dass sich Grundschulen im Wettbewerb positioniert und zum Beispiel mit einem "Tag der offenen Tür" für ihre Angebote geworben haben.
- Benachteiligungen dürfen auf keinen Fall zu einer Beschränkung von Bildungschancen führen. Deshalb muss dort gefördert werden, wo der Bedarf am größten ist. Auf Drängen der FDP ist es Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland gelungen, ein System zu entwickeln, mit dem Lehrerstellen unter soziodemografischen Gesichtspunkten nach einem "Sozialindex" bedarfsgerecht zugewiesen werden können. Zum neuen Schuljahr haben nordrhein-westfälische Grund- und Hauptschulen an sozialen Brennpunkten 600 bzw. 500 neue Lehrerstellen für individuellere Förderung erhalten. Die FDP will dieses System weiterentwickeln und ausbauen.
- Die Freien Demokraten begrüßen die "Qualitätsoffensive Hauptschule" der Landesregierung. Im letzten Jahr wurden 100 Hauptschulen in echte Ganztagschulen umgewandelt, um die Förderung der Schüler unter Einbeziehung externer Partner aus Jugendhilfe, Handwerk, Sport- und Musikvereinen zu verbessern. Bis zum Jahr 2012 werden insgesamt 50.000 Ganztagsplätze zur Verfügung stehen.
- Die FDP setzt sich für eine Neuausrichtung der sonderpädagogischen Förderung ein. Durch die Bildung sogenannter Kompetenzzentren im Sinne der individuellen Förderung sollen die Systeme Förderschule und Gemeinsamer Unterricht zu einem Gesamtsystem sonderpädagogischer Förderung zusammengeführt werden. Wir fordern ein System der sonderpädagogischen Förderung, das zum einen eine möglichst flächendeckende, wohnortnahe, fachlich kompetente Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den individuell jeweils unterschiedlichen Förderschwerpunkten ermöglicht. Zum anderen sollen die allgemeinen Schulen - und hier vor allem die Grundschulen - so durch sonderpädagogischen Sachverstand gestärkt werden, dass diese insbesondere Kinder mit Lern- und Entwicklungsstörungen im Vorfeld der Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf besser unterstützen können.

### 3.3 Prävention und individuelle Versorgung von kranken Menschen

Der einzelne Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Gesundheitspolitik. Ausgangspunkt und zugleich Ziel der

Aktivitäten sind ein Höchstmaß an Selbstbestimmung - auch bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung. Die FDP will deshalb die Wahlmöglichkeiten erhöhen, um die optimale Form der Hilfeerbringung individuell abstimmen zu können. Parallel dazu müssen die Instrumente zur Orientierung und Qualitätsbestimmung ausgebaut werden, um Verbraucherefreundlichkeit und Wirtschaftlichkeit zu vereinen.

Viele Krankheiten sind vermeidbar oder haben durch eine entsprechende Behandlung gute Heilungschancen. Deshalb wollen die Freien Demokraten die Menschen dabei unterstützen, die eigene Gesundheit zu erhalten oder zurückzugewinnen. Pflegebedürftige und Behinderte sollen in ihrer Selbständigkeit gestärkt und zu größerer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befähigt werden.

- Der mündige und gesundheitskompetente Bürger ist ein Kernziel liberaler Gesundheitspolitik. Zahlreiche Krankheiten, die durch falsche Ernährung und Bewegungsmangel angelegt werden, sind durch Prävention vermeidbar. Deshalb setzen wir uns für eine umfassende Gesundheitsbildung bereits im Kindergarten und der Schule ein. Um Suchtverhalten und Drogenabhängigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen, wollen die Liberalen ein flächendeckendes Netz von Suchtpräventionsfachkräften und qualifizierter Suchtberatung erhalten und die Zusammenarbeit professionalisieren. Die FDP setzt sich zudem für HIV-Präventionsmaßnahmen und -beratung ein.
- Jeder Mensch hat unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten ein Anrecht auf eine wohnortnahe und qualitativ gute medizinische Versorgung. In einem immer stärker ausdifferenzierten und spezialisierten Gesundheitssystem brauchen Patientinnen und Patienten verbraucherfreundliche Instrumente zur Orientierung und Qualitätsbestimmung im Katalog der angebotenen gesundheitlichen Leistungen. Die FDP begrüßt in diesem Zusammenhang das neue nordrhein-westfälische "Krankenhausgestaltungsgesetz", das die Pauschalförderung nicht mehr an der Bettenzahl, sondern an der Zahl behandelter Fälle orientiert. Die FDP will überdies Hospizdienste sowie Leistungen der Palliativmedizin und Palliativpflege für schwerkranke, sterbende Menschen ausbauen.
- Psychische Erkrankungen sind heute Volkskrankheiten. Um Stigmatisierung und Ausgrenzung entgegenzutreten und ein wohnortnahes Angebot zu schaffen, sollte die Behandlung psychisch kranker Menschen nach Möglichkeit in Allgemeinkrankenhäuser überführt und das Versorgungsangebot durch den Ausbau ambulanter Behandlungsplätze und Tageskliniken ergänzt werden. Regionalbudgets können zu einer zielgerichteten Behandlung und Verwendung der Mittel führen.
- Zwangseinweisungen stellen einen massiven Eingriff in die Freiheitsrechte des Menschen dar und sollten die absolute Ausnahme bleiben. Der deutlichen Zunahme von Einweisungen in NRW wollen die Liberalen mit einer effizienteren Kontrolle begegnen.
- Ein wesentlicher Beitrag zum Gesundheitsschutz ist ein konsequenter und wirksamer Nichtraucherschutz. In Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen ist eine gesetzliche Verankerung unverzichtbar. Für die Gastronomie fordern die Liberalen eine Kennzeichnungspflicht für Raucher- und Nichtraucherlokale.
- Mangelnde Bewegung kann zu Übergewicht führen und Krankheiten hervorrufen. Um dem zunehmenden Bewegungsmangel und der ansteigenden Fettleibigkeit in NRW entgegenzutreten, will die FDP den Schulsport und den Vereinssport weiter stärken. Dabei haben wir auch Angebote für Seniorinnen und Senioren im Blick.
- Eine gute gesundheitliche Versorgung muss auch in der Zukunft sichergestellt sein. Während jedoch die Zahl pflegebedürftiger Menschen steigt, sinken die Einnahmen. Deshalb müssen wir der Herausforderung des demographischen Wandels schon heute begegnen: Die FDP setzt daher auf "ambulant vor stationär" und unterstützt dezentrale Pflegeeinrichtungen sowie den Ausbau altengerechter Wohnungen und neuer Wohnformen.
- Durch die gezielte Liberalisierung des Gesundheitssystems wollen wir gewährleisten, dass es für Haus- und Fachärzte wieder attraktiv wird, ihre Leistung auch in ländlichen und dünnbesiedelten Räumen anzubieten.

### 3.4 Ein neuer Rechtsrahmen für Pflege in NRW

Die FDP hat eine besondere Sensibilität für die Lebenssituation von Menschen mit Pflegebedarfen, Behinderungen und demenziellen Erkrankungen. Dabei ist deren Rolle als Nachfrager am Pflegemarkt und der Schutz und die Stärkung dieser Marktposition ein wesentlicher Aspekt, der Wahlfreiheit und bedürfnisgerechte Leistungsauswahl gewährleistet. Die FDP will die durch die Föderalismusreform neu gewonnene Gesetzgebungszuständigkeit für das Heimrecht nutzen, um ein neues Landesheimgesetz für Nordrhein-Westfalen zu beschließen:

- Um die Wettbewerbsorientierung von Leistungsanbietern und damit die Vielfalt bedürfnisorientierter Pflege-

und Betreuungsangebote zu erhöhen, sollen individuelle, ambulante und neue Formen des Zusammenlebens im Alter und bei Behinderung nicht mehr notwendigerweise unter das Heimrecht fallen. Wo das Heimrecht Anwendung findet, sollen staatliche Regulierungen zu Gunsten der Eigenverantwortung der Träger und der Wahlfreiheit der Bewohner reduziert werden.

- Die Vernetzung und Integration von Betreuungsleistungen externer Anbieter und der Angehörigen in die Pflege wollen wir fördern, um sowohl die Entwicklung einer differenzierten Leistungs- und Preisstruktur als auch die Aufhebung der Trennung familiärer, ambulanter und stationärer Betreuung einzuleiten.
- Die Fachkraftquote ist unter Einbeziehung der Bedürfnisse von Menschen mit Pflegebedarfen und Behinderungen perspektivisch neu zu definieren. Solange keine geeigneten Instrumente zur Messung des Personalbedarfs zur Verfügung stehen, sollte die bisherige Mindestfachkraftquote von 50 Prozent beibehalten werden. Dabei sollten alle am Pflegeprozess beteiligten Fachprofessionen - über die Pflegeberufe hinaus - einbezogen werden.
- Zur Sicherung einer angemessenen Versorgung und Betreuung muss neben der Struktur- und Prozessqualität vorrangig die verbraucherorientierte Ergebnisqualität maßgebend werden. Der Verbraucher steht im Mittelpunkt der Pflege und muss über die Qualität der Dienstleistung entscheiden. Gesetze und Institutionen - insbesondere die Heimaufsicht und der Medizinische Dienst der Krankenkassen - müssen den Pflegebedürftigen dabei in die Lage versetzen, eigenverantwortlich entscheiden zu können. Dazu dienen Veröffentlichung, Vernetzung und unabhängige Beratung zu Pflege- und Betreuungsangeboten. Die Veröffentlichung unangemeldeter heimaufsichtlicher Prüfungen, die Einhaltung baulicher, personeller und fachlicher Mindeststandards im Sinne einer Qualitätsberichterstattung ist sicherzustellen. Menschen mit Pflegebedarfen und Behinderungen, sowie am Pflegeprozess beteiligte Angehörige und Dienstleister werden zum Ergebnis der Pflege auf Basis systemischer und wissenschaftsbasierter Indikatoren befragt.
- Die FDP spricht sich für die Überprüfung der baulichen Anforderungen an Heime aus. Es muss anerkannt werden, dass es sich hier nicht um Krankenhäuser, sondern um häusliche Lebensräume alter Menschen handelt.
- Zwecks Bürokratieabbaus sollten Kontrollen der Heimaufsicht möglichst gebündelt mit anderen Kontrollen wie z.B. dem Brandschutz erfolgen – auch um widersprüchliche Entscheidungen von Behörden im Vorfeld auszuräumen.

### 3.5 Kinder- und familienfreundliches Nordrhein-Westfalen

Keine Entscheidung ist so persönlich wie die für oder gegen Kinder. Liberale Politik respektiert den Lebensentwurf jedes Einzelnen. Wenn aber bei fast 90 Prozent der Deutschen eine eigene Familie an erster Stelle ihrer Prioritäten steht, ist es Aufgabe des Staates, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, diesen Wunsch zu erfüllen. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern zeigt sich, dass die Entscheidung für Kinder da leichter fällt, wo ein familienfreundliches Klima herrscht und eine verlässliche Betreuungsinfrastruktur zur Verfügung steht.

Die Lebenslagen von Familien haben sich insgesamt verändert. Zurückgehende Kinderzahlen, die wachsende Nachfrage nach institutioneller Betreuung von Unterdreijährigen, veränderte Förderbedarfe der Kinder, der Wunsch der Eltern nach flexibleren Betreuungszeiten und die zunehmende Überforderung resp. Verunsicherung eines Teils der Eltern in Erziehungsfragen sind wesentliche Gründe, die eine Neuausrichtung der Politik für Kinder und Familien erforderlich machen. Die FDP verfolgt dabei drei Ziele: Die Qualität der Betreuungsinfrastruktur soll gesteigert, das Platzangebot insbesondere für Unterdreijährige ausgebaut, und die Eltern sollen auf mittlere Sicht finanziell entlastet werden:

- Die FDP begrüßt, dass die Landesregierung die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren eingeleitet hat und dadurch die Qualität für Kinder und Familien verbessern will. Die Freien Demokraten wollen den Gedanken der Vernetzung auch auf andere Akteure für Kinder und Familien übertragen, um Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages umfassender unterstützen zu können. Andererseits stärken die Liberalen die Erziehungsverantwortung der Eltern. Die Beteiligung von Eltern ist über die Mitarbeit in den Tageseinrichtungen hinaus auszuweiten. Wir begrüßen, wenn sich auf kommunaler und Landesebene Elterngremien bilden, die an der Diskussion in der Fachöffentlichkeit mitwirken wollen.
- Neben sprachlichen Defiziten, denen die Regierungskoalition in Nordrhein-Westfalen durch verpflichtende Sprachkurse entschieden entgegentritt, können auch gesundheitliche Defizite die schulische Leistung und die Entwicklung insgesamt beeinträchtigen. Die FDP strebt deshalb die Verbindlichkeit der so genannten U-Untersuchungen für Kinder an, um motorische oder psychische Auffälligkeiten früher diagnostizieren zu können. Auch mögliche Vernachlässigungen bei Kleinkindern vor dem Kindergarten- und Schulbesuch

bleiben so nicht länger unentdeckt. Dieser Eingriff in das Elternrecht ist aus Sicht der FDP legitim, da er nur diejenigen Familien trifft, die ihren Kindern eine regelmäßige Gesundheitsvorsorge vorenthalten.

- Der neue gesetzliche Rahmen für die Bildung kleiner Kinder - das "Kinderbildungsgesetz" - ermöglicht Eltern, das Angebot der Kindertageseinrichtungen flexibler in Anspruch nehmen zu können. Die FDP will weitere Flexibilisierungen ermöglichen und dazu insbesondere die landesseitige Förderung auch für privatgewerbliche Träger öffnen. Diese können aufgrund ihrer Strukturen meist sehr zeitnah auf veränderte Bedürfnisse reagieren. Außerdem können neue Ansätze und innovative Ideen Strahlkraft für die bestehende Infrastruktur haben. Die Liberalen fordern, Betriebe bei der Einrichtung von Kinderbetreuungsangeboten verstärkt zu unterstützen.
- Die FDP begrüßt, dass mit Inkrafttreten des "Kinderbildungsgesetzes" der Ausbau der Plätze für Unterdreijährige vorangetrieben wird und insbesondere die Zweijährigen verstärkt den regulären Kindergarten besuchen können. Um im Zuge des schrittweisen Vorziehens der Einschulung für alle Kinder einen dreijährigen Kindergartenbesuch zu gewährleisten, sollen ab dem Jahr 2010 Kinder bereits ab dem zweiten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben.
- So bald wie möglich soll der Kindergarten als Teil des staatlichen Bildungsangebotes zumindest im Rahmen des gesetzlichen Anspruchs beitragsfrei sein. Besonders Familien mit mittlerem Einkommen werden zur Zeit in doppelter Hinsicht finanziell geschwächt, da sie neben dem Kindergartenbeitrag über ihre Steuerleistungen schon überproportional zur Finanzierung der öffentlichen Kassen beitragen.
- Die FDP will die Betreuung und Förderung in Tagespflege zu einem echten Alternativangebot weiterentwickeln. Erste Schritte zu diesem Ziel - z.B. die Einführung der landesseitigen Förderung von Tagespflegepersonen - hat die Landesregierung in ihrem Referentenentwurf zum "Kinderbildungsgesetz" konkretisiert. Die FDP will dabei die Angebote zur Qualifizierung und Fortbildung von Tagesmüttern und -vätern ausweiten, ohne unnötige Bürokratie aufzubauen.
- Die Freien Demokraten zählen Jugendeinrichtungen und -verbände zum Bildungssystem. Um den Betreuern und den ehrenamtlichen Kräften mehr Zeit für die Arbeit mit Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, drängen sie auf die weitere Entbürokratisierung vieler Verwaltungsverfahren und eine langfristig verlässliche Förderung des Landes. Die FDP erkennt mit Blick auf die Haushaltslage des Landes an, dass die Landesregierung die jährliche Förderhöhe des Kinder- und Jugendförderplans von 75 Millionen Euro bis 2010 zugesichert hat. Langfristig streben wir unter Haushaltsvorbehalt eine Rückführung auf das ursprüngliche Niveau an. Um Bürokratie zu vermeiden und sinnvolle Projekte langfristig fördern zu können, fordern die Freien Demokraten, das mit 4,5 Millionen Euro dotierte Sonderprogramm für Jugendliche in problembelasteten Stadtvierteln in die reguläre Jugendförderung zu überführen und bis 2010 zu garantieren.
- Die FDP will einen gesunden Wettbewerb zwischen Einrichtungen und Trägern in der Jugendhilfe anstoßen. Wir setzen uns daher für eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Sozialgesetzbuches VIII ein, damit beispielsweise Leistungen der Erziehungshilfe für schwer erziehbare Kinder von den kommunalen Kostenträgern ausgeschrieben werden können.
  - Kinderrechte haben Verfassungsrang. Kinderfreundlichkeit darf sich also nicht in gelegentlichen Freundlichkeiten gegenüber Kindern erschöpfen. In zahlreichen Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens werden Kinder- und Jugendliche an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt. Allerdings ist die Intensität sehr unterschiedlich. Besonders in kleinen Kommunen gibt es noch zu wenig Angebote. Die FDP will gewährleisten, dass sich junge Menschen in allen Städten und Gemeinden in angemessener Weise an der Politik beteiligen können. Wir bekräftigen unsere Forderung, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Wege einer "Soll-Bestimmung" in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Die Kommunen sind dabei frei in der Wahl ihrer Instrumente. Die Landesregierung sollte einen Erfahrungsaustausch zwischen Räten, Verwaltungen, der Fachöffentlichkeit in Einrichtungen und Verbänden sowie Trägern der Kinder- und Jugendarbeit sicherstellen. Die FDP begrüßt, dass der Landtag auf Initiative der FDP-Landtagsfraktion ein mit 300.000 Euro dotiertes Programm "Politik für Kinder" beschlossen hat, das den Kommunen zur Verfügung steht.
- Um konkrete Projekte zur Verbesserung der Lebenslagen von Familien anzuregen und Familien und Kinder in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken, spricht sich die FDP für landesweite Wettbewerbe zur Kinderfreundlichkeit aus. So können beispielsweise die "Kinderfreundlichste Stadt" oder das "Kinderfreundlichste Unternehmen" öffentlichkeitswirksam ausgezeichnet und dadurch Nachahmer gefunden werden.

### 3.6 Chancen für Frauen und Männer

Eine moderne, gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben lässt sich nicht mit

den Förderinstrumenten der achtziger Jahre realisieren: Gleichstellungsbeauftragte und Förderpläne konnten nicht verhindern, dass vor allem Frauen in der Ausgestaltung ihres Berufslebens - insbesondere als Mütter kleiner Kinder - selbst heute noch das Nachsehen haben. Sie sind überproportional in Berufen mit niedrigem Gehaltsniveau und geringen Aufstiegschancen oder im Öffentlichen Dienst vertreten. Auch dominieren sie die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten und Minijobber. Sowohl die Kindererziehung als auch die Pflege von Angehörigen ist auch heute in der Regel noch "Frauensache". Das hat negative Auswirkungen auf die Erwerbsbiographien von Frauen und ihren späteren Rentenbezug.

Die FDP wird die erfolgreiche Partizipation von Frauen am Erwerbsleben daher vom Nischenthema zum selbstverständlichen Bestandteil aller Politikbereiche weiterentwickeln und gesellschaftspolitische Fragestellungen mit unmittelbarem frauenpolitischen Bezug - wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - priorisieren. Dabei respektieren wir die Lebensentscheidungen aller Menschen und fixieren oder reduzieren weder Frauen noch Männer auf eine bestimmte Rolle: weder auf die der ausschließlich Berufstätigen noch auf die ausschließliche Rolle als Eltern.

So zu handeln, ist allein schon aus demografischen Gründen das Gebot der Stunde: Immer mehr Wirtschaftsverbände und Arbeitgeber haben längst erkannt, dass sie mittel- und langfristig auf die hohen Kompetenzen von Frauen in Wirtschaft, Technik, Wissenschaft und Forschung angewiesen sind. Frauen verfügen generell über die besseren Schul- und Studienabschlüsse, aber Doppelbelastungen durch Familie und Beruf, von denen vor allem *sie* betroffen sind, verhindern, dass die Karriereschritte von Frauen genauso beeindruckend wie ihre Schul- und Studienabschlüsse.

Die FDP wird Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ermutigen, die in letzter Zeit entstandenen Eigenanstrengungen zu intensivieren, um Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. die Rückkehr nach einer Familienzeit in den Beruf zu erleichtern. Elternarbeit raubt weder Intelligenz noch grundlegende Kompetenzen - sie benötigt lediglich regelmäßigen berufsspezifischen Input, um eine reibungslose Rückkehr in die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört insbesondere:

- Neben dem Ausbau öffentlicher endlich auch eine verstärkte betriebliche Betreuung von Kindern, die es Müttern wie Vätern ermöglicht, konzentriert ihrer Arbeit nachzugehen und in Unterbrechung ihres beruflichen Arbeitstages in der Mittagspause mit ihren Kindern zusammen zu sein.
- Ausbau und Unterstützung monatlicher Infoblocks der Unternehmen und Institutionen - wie sie bereits im Ansatz stattfinden - für Mütter und Väter, die sich für eine Auszeit vom Beruf entschieden haben, um ihre Kinder selbst zu betreuen. So können betroffene Eltern Anschluss zu ihrem Beruf halten.
- Langfristige Aufhebung der Benachteiligung in der Rentenvorsorge von Elternteilen, die sich für eine vorübergehende Eigenbetreuung ihrer Kinder entscheiden. Wahlfreiheit setzt Chancengerechtigkeit voraus.

Ferner wollen wir:

- Die Frauenpolitik hat in den vergangenen Jahrzehnten die Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit verbessert. Reine Frauenförderprogramme sind aber heute nicht mehr zeitgemäß. Teilweise haben sie sich in der Vergangenheit sogar als kontraproduktiv herausgestellt, weil Frauen aufgrund ihrer speziellen Förderung in regulären Programmen nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die FDP begrüßt daher die Einsparungen durch die Abschaffung der "Regionalstellen Frau und Beruf" als Sonderberatung in NRW und will die eingesparten Mittel dauerhaft der Landesregierung zum Ausgleich beruflicher Benachteiligungen von Frauen zur Verfügung stellen. Die FDP wird diesen Weg konsequent weiter gehen und Frauenförderung als natürliche Querschnittsaufgabe aller Politikfelder etablieren.
- Nach wie vor gibt es typische Frauen- und typische Männerberufe. Die FDP will Klischees aufbrechen und insbesondere Frauen den Zugang zu männerdominierten Berufsfeldern erleichtern. In diesem Zusammenhang erweist sich die Landesinitiative "Zukunft durch Innovation", die unter anderem Mädchen und junge Frauen für Technik und Naturwissenschaften begeistern will, als ein wesentlicher Schritt. Die Liberalen wollen diese Bemühungen intensivieren, dabei aber nicht vergessen, auch Jungen berufliche Perspektiven in frauendominierten Berufen - z.B. im pädagogischen Bereich - zu eröffnen.
- Wissenschaftliche Karrieren sind in der Regel männlich, obwohl Frauen mittlerweile die besseren Abschlüsse haben. Die FDP sieht es als wichtiges Signal, dass die Landesregierung die Höhe der Mittelvergabe an die Hochschulen auch von deren Anstrengungen um mehr Geschlechtergerechtigkeit abhängig gemacht hat.

- Nordrhein-Westfalen hält eine gut ausgebaute Infrastruktur für Frauen in Not vor. Von häuslicher Gewalt Betroffene und Menschenhandelsopfer - überwiegend Frauen - müssen sich auf ein effektives und verlässliches Unterstützungssystem verlassen können. Die FDP fordert, die Vernetzungs- und Sensibilisierungsarbeit der Akteure vor Ort zu forcieren, um akute Hilfen und produktive Täter-Opfer-Arbeit leisten zu können. Veränderungen in der Gesellschaft - insbesondere die zunehmende Internationalität - verlangen auch eine Neuausrichtung der Frauenhäuser, Zufluchtsstätten und Beratungsstellen, um beispielsweise bei (drohender) Zwangsverheiratung kompetent und langfristig helfen zu können.

### 3.7 Mehrwert durch Lebensalter

Ältere Menschen werden heute vorschnell ausschließlich als "alt" und "defizitär" wahrgenommen. Die überwiegende Mehrheit der Älteren zwischen 60 und 80 ist körperlich und geistig fit und will aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Die FDP will allen Formen von Alterdiskriminierung entschieden entgegenzutreten und die Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen gewinnbringend für die Gesellschaft nutzbar machen. Angebote für ein Miteinander der Generationen sollen helfen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und unterschiedliche Fähigkeiten anzuerkennen.

- Die FDP will das Bild vom Alter ändern. Die Defizitbetrachtung soll überwunden werden, stattdessen sollen die Fähigkeiten und Lebensleistungen älterer Menschen in den Mittelpunkt rücken. Die FDP plädiert dafür, ehrenamtliches Engagement der so genannten "Jungen Alten" in Kindergärten, Schulen und Jugendeinrichtungen verstärkt zu fördern und Mentorenprogramme zwischen Alt und Jung auszubauen. Das von der Landesregierung initiierte Projekt "Senior-Experten für alle Schulen" ist in diesem Zusammenhang vorbildhaft: Nicht nur die Schülerinnen und Schüler profitieren vom Know-how der Älteren, auch die Schulleitungen werden entlastet, wenn ihnen ältere Experten aus der Wirtschaft beispielsweise in Verwaltungs- und Finanzfragen beratend zur Seite stehen.
- Aus Betroffenen sollen Beteiligte werden. Die FDP unterstützt ältere Menschen dabei, Interessensvertretungen vor Ort zu bilden sowie zielgruppenspezifische und generationsübergreifende Sport-, Kultur- und Bildungsangebote zu etablieren. Die Gruppe der Älteren ist - genau wie die der Jüngeren - heterogen. Das gilt auch für ihre Bedürfnisse. Die FDP setzt sich deshalb für ein differenziertes Herangehen ein und fordert, beispielsweise auch die Gruppe der älteren Migrantinnen und Migranten stärker zu berücksichtigen.
- Die Liberalen wollen den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen, Angebote für Alt und Jung zu entwickeln, um Begegnungen zwischen den Generationen zu erleichtern. Bürokratische Hemmnisse, die dem Aufbau von Kooperationen zwischen generationsspezifischen Angeboten entgegenstehen, sollen abgebaut werden.
- Der demographische Wandel verlangt, die landesseitig finanzierte Beratungsinfrastruktur hinsichtlich der Lebenslagen älterer Menschen zu spezifizieren und den Intergenerationenaspekt zu stärken. Die FDP will die Kompetenzen der Akteure für Seniorinnen und Senioren nutzen, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der allgemeinen Beratungsdienste für altersbedingte Bedürfnisse zu sensibilisieren.
- Gemeinsame Wohnformen von jungen und älteren Menschen will die FDP weiter ausbauen. Projekte wie "Wohnen für Hilfe", bei denen Studierende gegen Unterstützung im Haushalt bei älteren Menschen wohnen, sollen erweitert werden. Überdies soll das Land die Kommunen im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten unterstützen, ihre Infrastruktur demographie- und altengerecht zu gestalten. Landesseitig ausgelobte Wettbewerbe sollen helfen, gute Ideen und innovative Ansätze innerhalb der Kommunen transparent zu machen.
- Seniorinnen und Senioren sind auch Konsumenten mit Kaufkraft. Die FDP begrüßt, dass die Landesregierung mit der "Zukunftsinitiative Seniorenwirtschaft" - in Kooperation mit dem nordrhein-westfälischen Handwerk, der Industrie, dem Handel, der Landesseniorenvertretung und den Wohlfahrtsverbänden - die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Ältere forciert und so zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft.

### 3.8 Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung wollen nicht in eine Opferrolle gedrängt werden. Sie wollen sich mit ihren Stärken für die Gesellschaft engagieren und ein selbstbestimmtes Leben in Eigenverantwortung führen. Aufgabe liberaler Politik ist, dies zu ermöglichen und bestehenden Vorurteilen entschieden entgegen zu wirken.

- Entscheidendes Kriterium für eine geeignete Politik für Menschen mit Behinderung ist aus Sicht der FDP die uneingeschränkte Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe sowie die Integration in alle Lebensbereiche. Dies gilt von der Frühförderung über die behindertengerechte Ausbildungsmöglichkeiten und die Schaffung entsprechender Arbeitsplätze bis hin zur Konzepten für den wachsenden Teil von älteren Men-

schen mit Behinderung. Für eine größere Barrierefreiheit unterstützt die FDP das ressortübergreifende Programm der Landesregierung "Teilhabe für Alle".

- Ziel liberaler Politik für Menschen mit Behinderung ist, ihrem Bedürfnis nach Selbständigkeit und Normalität verstärkt nachzukommen. Dazu ist stets der Grundsatz "Ambulant vor stationär" zu beachten. Insbesondere das ambulant betreute Wohnen will die FDP ausbauen, da sich Bedürfnisse der Menschen mit der notwendigen Kostendämpfung verbinden lassen. Um die vorhandene Infrastruktur - sowohl ambulant als auch stationär - für Menschen mit Behinderung besser nutzbar zu machen und den Aufbau von Doppelstrukturen zu vermeiden, fordern die Liberalen eine stärkere Vernetzung der einzelnen Akteure für Menschen mit Behinderung. Insgesamt sind kleinere größeren Betreuungseinheiten vorzuziehen. Die FDP begrüßt in diesem Zusammenhang die Rahmenvereinbarung der Landschaftsverbände mit der Wohlfahrtspflege zur Reduzierung der stationären Unterbringung. Die positive Entwicklung ist durch Anreizprogramme wie "Ambulant vor stationär", gerichtet an Träger und betroffene Menschen sowie deren Angehörige, z.B. nach dem Vorbild des Landschaftsverbandes Rheinland, weiter voranzutreiben. Schwerpunkte können dabei die Vernetzung und Öffnung von Angeboten für Tagesstruktur und Beschäftigung, das persönliche Budget und die Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Integrationsprojekten sein.
- Die FDP will einen gesunden Wettbewerb zwischen den Einrichtungen und Trägern anstoßen, damit einerseits die Menschen bestmögliche Leistungen erhalten und andererseits der verantwortungsvolle Umgang mit öffentlichen Geldern gestärkt wird. Wir setzen uns deshalb für eine Bundesratsinitiative zur Änderung des zehnten Kapitels des Sozialgesetzbuchs XII ein, damit Leistungen im Bereich des ambulant betreuten Wohnens rechtssicher von den öffentlichen Kostenträgern ausgeschrieben werden können.
- Die Liberalen wollen die selbstorganisierten Verbände als Interessenvertreter für Menschen mit Behinderung stärken und erkennen das hohe ehrenamtliche Engagement an.
- Eine eventuelle Umstrukturierung der Verwaltung darf nicht dazu führen, dass sich die Situation für Menschen mit Behinderung verschlechtert. Im Gegenteil ist die durchzuführende Neuordnung zu nutzen, um den Belangen von behinderten Menschen besser Rechnung zu tragen. Die FDP begrüßt in diesem Zusammenhang die Verlagerung der Aufgaben der Versorgungsämter an die Kreise.
- Menschen mit Behinderung haben, genau wie Menschen ohne Behinderung, den Wunsch, mit einem Partner zusammen zu leben oder eine Familie zu gründen. Elternschaft stellt - insbesondere mit Blick auf das Wohl des Kindes - erhöhte Anforderungen an die Eigenverantwortung der Eltern sowie an ein begleitendes Unterstützungssystem. Die FDP spricht sich für den Ausbau einer verlässlichen Hilfestruktur aus, die die Lebenssituation und Schwere der Behinderung individuell berücksichtigen kann.
- Die Förderung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben - nach Möglichkeit in den ersten Arbeitsmarkt - muss weiter verbessert werden. Dies ist umso wichtiger, da Menschen mit Behinderung von der Wirtschaftsbelebung bisher nicht profitieren - im Gegenteil, ihre Beschäftigungschancen sind eher noch gesunken. Um die Kosten einer Ausweitung finanziell beherrschbar zu halten, ist es aber auch erforderlich, in der Finanzierung der Plätze in Werkstätten für behinderte Menschen die wirtschaftliche Transparenz gegenüber dem Sozialhilfeträger zu verbessern.
- Damit Kinder mit Behinderung einen guten Start ins Leben haben, sollen sie - wenn möglich - in integrativen Gruppen der regulären Kindergärten und in Einzelintegration betreut und gefördert werden. Die FDP begrüßt, dass die neue Landesregierung erstmalig eine einheitliche gesetzliche Grundlage für die Förderung von behinderten Kindern in Kindertageseinrichtungen geschaffen hat.
- Schülerinnen und Schüler mit Behinderung sollen nicht künstlich in eine Sonderstellung gebracht werden. Wenn eine gemeinsame Beschulung mit nicht-behinderten Kindern nicht möglich ist, regt die FDP die Zusammenarbeit von Förder- und Regelschulen an.
- Um ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot für Kinder mit Behinderung vorzuhalten, sollen Kooperationen örtlicher Schulträger ermöglicht werden. Auch sollen Kommunen gemeinsam die Trägerschaft einer Förderschule übernehmen können. Die kommunale Trägerschaft der Förderschulen ist nach Art der Behinderung derzeit auf örtliche und überörtliche Träger aufgeteilt, obwohl die Mehrfachbehinderung (körperlich und zugleich geistig/sensorisch) zunehmend zur Regel wird. Die FDP will Möglichkeiten eines regionalen Ausgleichs prüfen.

### **3.9 Gleichgeschlechtliche Partnerschaften - gleiche Lebenschancen**

Die verschiedenen Formen menschlichen Zusammenlebens werden von der FDP vorurteils- und wertfrei an-

erkannt. Das gleiche gilt für die sexuelle Orientierung. Vieles ist für Schwule und Lesben in den vergangenen Jahren erreicht worden. In den Großstädten Nordrhein-Westfalens werden gleichgeschlechtliche Lebensformen weithin akzeptiert. Aber eben nur weithin. Schwule und Lesben stoßen immer wieder auf Vorurteile oder gar Diskriminierung. Das Coming-out gegenüber Eltern und Freunden bringt für die Betroffenen häufig auch heute noch große Belastungen mit sich. Insbesondere gleichgeschlechtliche Paare in den ländlichen Regionen, ältere Schwule und Lesben, solche mit Zuwanderungsgeschichte oder einer Behinderung werden mit Demütigungen konfrontiert. Für die FDP ist der Einsatz gegen jede Art von Diskriminierung unverzichtbarer Bestandteil ihrer Bürgerrechtspolitik. Sie begrüßt, dass auf Initiative der FDP der Grundsatz "Schwule und Lesben dürfen nicht diskriminiert werden" explizit im Regierungsprogramm der schwarz-gelben Landesregierung aufgenommen wurde.

- Antidiskriminierungsarbeit ist zu wichtig, als dass sie allein abhängig von Haushaltsentscheidungen des Landes sein kann. Um die Förderung von schwulen und lesbischen Selbsthilfeprojekten in Nordrhein-Westfalen dauerhaft zu sichern, plädiert die FDP für die Gründung einer Stiftung, die die vom Land geförderten Maßnahmen schrittweise übernimmt. Die Freien Demokraten wollen die schwul-lesbischen Organisationen auf dem Weg der Neuausrichtung aktiv unterstützen.
- Die Situation von schwulen Männern und lesbischen Frauen ist in vielen Bereichen vergleichbar. Teilweise sind beide Gruppen auch ähnlichen Vorurteilen ausgesetzt. Allerdings gibt es - wie bei Heterosexuellen auch - geschlechtsspezifische Probleme und Bedürfnisse. Daher setzt sich die FDP für die Beibehaltung von Angeboten ein, die sich an den speziellen Anliegen von Lesben einerseits und Schwulen andererseits orientieren.
- Die Liberalen wollen die Akteure für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ermutigen, ihre Arbeit fachlich weiterzuentwickeln und ihre Vernetzungsarbeit vor Ort - insbesondere im ländlichen Raum - zu verstärken. Besondere Zielgruppen, wie Schwule und Lesben im höheren Lebensalter, mit Migrationshintergrund oder Behinderung, sollen stärker berücksichtigt werden.
- Antidiskriminierungsarbeit bedeutet auch, rechtliche Rahmenbedingungen zu verändern. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner haben nahezu dieselben Pflichten wie Eheleute - aber nicht dieselben Rechte. Die Liberalen stehen für den Abbau der immer noch vorhandenen Benachteiligungen im Steuer-, Beamten- und Familienrecht. Die im Wege der Föderalismusreform neu gewonnenen Landeskompetenzen - insbesondere im Beamtenrecht - will die FDP nutzen, um Ungerechtigkeiten zwischen Verheirateten und Verpartnerten aufzuheben.
- Das aktive Eintreten für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe braucht viele Förderinnen und Förderer unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Die FDP will ihr eigenes Engagement, das sie regelmäßig auf Veranstaltungen wie dem Christopher Street Day zeigt, fortsetzen und ausbauen.

### 3.10 Heimat Nordrhein-Westfalen - auch für Zuwanderer

Die Bevölkerungszusammensetzung in NRW ist vielfältig. Natürlich gehören Menschen mit Zuwanderungsgeschichte dazu. Sie sind weder "Gäste auf Zeit" noch "Exoten", vielmehr machen sie mit rund einem Viertel der Einwohnerschaft einen selbstverständlichen und wertvollen Bestandteil der Gesellschaft aus. So wollen sie auch wahrgenommen und behandelt werden. Deshalb fordert die FDP die Abkehr von einer Politik, die Migrantinnen und Migranten eine Sonderstellung einräumt und dadurch ihre Akzeptanz in der Aufnahmegesellschaft erschwert. Integration ist kein isoliertes Politikfeld, sondern eine ressortübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die das Gemeinsame unterschiedlicher Menschen betont und dadurch ein friedliches und respektvolles Miteinander auf Basis einer von allen Seiten getragenen Werte- und Rechtsordnung fördert.

- Grundlage des Zusammenlebens in NRW ist das Grundgesetz, das für alle Bürgerinnen und Bürger uneingeschränkte Gültigkeit hat. Unsere Haltung ist klar: Insbesondere die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auch vor dem Hintergrund anderer kultureller oder religiöser Prägung nicht disponibel.
- Ohne Kenntnisse der deutschen Sprache ist gleichberechtigte Teilhabe undenkbar. Die FDP begrüßt in diesem Zusammenhang die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeführten vorschulischen Sprachtests mit obligatorischer Sprachförderung als Chance für einen erfolgreichen Schulstart aller Kinder. Der Spracherwerb der Kinder soll Eltern motivieren, eigene sprachliche Defizite zu beseitigen. Dazu soll die Struktur der neuen Familienzentren genutzt und Elternangebote sollen verstärkt werden.
- Ein wesentliches Integrationsziel junger Migrantinnen und Migranten ist das erfolgreiche Durchlaufen des deutschen Schul- bzw. Bildungssystems. Die Bildungsinstitutionen Nordrhein-Westfalens sind offen für andere Kulturen und Religionen, stellen allerdings ihre eigenen bewährten Strukturen wie das Prinzip der grundsätzlichen Koedukation von Jungen und Mädchen und das Durchführen von Klassenfahrten als ver-

bindliche Schulveranstaltungen für alle Schülerinnen und Schüler nicht in Frage.

- Die FDP setzt sich für einen islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Kontrolle an öffentlichen Schulen ein. Sie unterstützt die von der Landesregierung initiierten Modellversuche in Köln und Duisburg und fordert die muslimische Gemeinschaft auf, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die notwendigen Voraussetzungen für die flächendeckende Einführung islamischer Religionslehre - wie beispielsweise die Bildung einer repräsentativen Vertretung der Muslime in NRW - zu schaffen.
- Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte verlassen doppelt so häufig wie ihre deutschen Altersgenossen die Schule ohne Abschluss. Um ein Leben in Eigenverantwortung führen zu können, brauchen sie Angebote an der Schnittstelle zwischen Schule und Beruf, die ihnen den beruflichen Einstieg, die Nachqualifizierung bzw. das Nachholen von Schulabschlüssen ermöglichen. Die FDP setzt sich daher insbesondere für ein ausgeweitetes Engagement der Jugendsozialarbeit und eine bessere Verzahnung von Schule, Jugendarbeit und Agenturen für Arbeit ein.
- Junge Migrantinnen und Migranten sind überproportional häufig von Jugend Arbeitslosigkeit betroffen. Zugleich sind die Ausbildungsbemühungen von Betrieben, die von Zuwanderern gegründet und geführt werden, ebenfalls unterdurchschnittlich. Wir appellieren an diese Unternehmen, sich stärker im Dualen System zu engagieren.
- Die Sprachförderung von Erwachsenen, die zugewandert sind und dauerhaft in Deutschland leben, muss verbessert werden. Dazu müssen die bestehenden Integrationskurse des Bundes an die jeweils unterschiedlichen Vorkenntnisse der Teilnehmer auf der Basis von Einstufungstests angepasst werden. Eine Abschlussprüfung sollte genauso wie die regelmäßige Teilnahme verbindlich sein. Bei unentschuldigtem Nichterscheinen müssen deshalb sozialrechtliche Sanktionen erfolgen. Die Anbieter von Integrationskursen sollten einem Ranking in Abhängigkeit des Erfolgs der Kursteilnehmer unterworfen werden.
- Unkenntnis über fremde Kulturen und Religionen ist meist Ursache für Vorurteile und Gewalt. Der Ausbau gemeinsamer Begegnungsmöglichkeiten von Einheimischen und Zugewanderten - etwa in Sportvereinen oder im Rahmen der offenen Jugendarbeit - ist daher unerlässliche Grundlage für ein friedliches Miteinander. Allerdings reicht es nicht, wenn sich nur die Seite der Mehrheitsgesellschaft öffnet. Auch die Zugewanderten müssen einen Beitrag leisten. Die FDP sieht die in letzter Zeit entstandenen Schülerwohnheime für ausschließlich muslimische Jugendliche in diesem Zusammenhang kritisch. Sie fordert die muslimischen Träger auf, ihr Konzept zu überdenken und Angebote zur gemeinsamen Freizeitgestaltung von Jugendlichen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu schaffen. Analog den Kinder- und Jugendeinrichtungen der Kirchen sollen auch muslimische Institutionen grundsätzlich allen Kindern - unabhängig von ihrer Herkunft oder Religionszugehörigkeit - offen stehen.
- Die unter Rot-grün entstandene Struktur der separaten Beratungsdienste für Menschen mit Migrationshintergrund will die FDP überwinden und dafür die Öffnung der Regelangebote für die besonderen Belange von Zugewanderten forcieren.
- Die Potentiale zugewanderter Menschen gilt es zu nutzen. Daher spricht sich die FDP NRW für eine auf Nicht-Unionsbürger zielende Einbürgerungskampagne aus, die für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft werben soll. Wer sein Leben dauerhaft in Europa verbringen möchte, für den sollte es selbstverständlich sein, eine europäische Staatsangehörigkeit anzustreben.
- Die Liberalen erneuern ihre Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle dauerhaft in Nordrhein-Westfalen lebenden Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig appellieren sie an die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, ihr Engagement in den gesellschaftlichen Gruppierungen NRWs zu verstärken und sich aktiv an der Weiterentwicklung der kommunalen Ausländerbeiräte zu beteiligen. Die FDP will die Partizipation von Migrantinnen und Migranten auch in ihren eigenen Reihen verbessern und lädt Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ausdrücklich zur Mitarbeit ein.

#### 4. Zeit zu handeln!

Deutschland verfügt über einen ausgedehnten Wohlfahrtsstaat. Um den Preis nachlassender Wettbewerbsfähigkeit und der Lastenverschiebung auf die Zukunft hat er den Menschen soziale Sicherheit versprochen. Eine solidarische Gesellschaft, die die Möglichkeiten der Globalisierung für neuen Wohlstand nutzen, die ihre soziale Sicherung zukunftsfest machen und die allen ihren Mitgliedern Chancen bieten will, braucht eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik. Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen, Fairness vor Gleichheit - das sind die Koordinaten einer Ordnung der Freiheit. Es ist die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Es ist Zeit zu handeln. Die FDP ist dazu bereit.